

Presseinformation

Banken-Arbeitgeber: Gehaltsforderung von Verdi deutlich zu hoch

- **AGV Banken: Allgemeine Gehaltsentwicklung kann für unsere Branche kein Maßstab sein**
- **Neuorientierung des Bankgewerbes, zurückgehendes Geschäftsvolumen und Regulierungskosten belasten die Branche**
- **Verlängerung von Vorruhestands-Ansprüchen nicht vertretbar**

Berlin, 20. März 2014. Die Banken-Arbeitgeber haben die Gehaltsforderung der Gewerkschaft Verdi in Höhe von 100 Euro plus 3,5 Prozent für die anstehende Tarifrunde (Beginn: 5. Mai) als deutlich zu hoch zurückgewiesen. Die Forderung entspreche einer durchschnittlichen Entgeltsteigerung von 6,2 Prozent; dieser Wert liege weit über den Möglichkeiten der Branche. „Wir erleben eine Neuorientierung des Bankensektors mit massiven strukturellen Veränderungen. In diesem Umfeld müssen die Institute mehr denn je die Kosten im Auge behalten“, sagte Dr. Gerd Benrath, Hauptgeschäftsführer beim Arbeitgeberverband des privaten Bankgewerbes. Viele Banken überprüften derzeit ihre Geschäftsmodelle, insbesondere im Privatkundengeschäft, in dem die Personalkosten über 50 Prozent der Gesamtkosten ausmachten. Überzogene Gehaltszuwächse würden hier unweigerlich zusätzlichen Anpassungsdruck auslösen. Im Übrigen führe der geforderte undifferenzierte Sockelbetrag bei einfacheren Tätigkeiten zu einer marktwidrigen Verteuerung der Tarifentgelte, die in diesem Bereich bereits heute nicht mehr wettbewerbsfähig seien.

Von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung profitiere das Kreditgewerbe nicht: „Die gute Binnenkonjunktur geht am Bankgewerbe weitgehend vorbei. Deshalb kann die allgemeine Gehaltsentwicklung für unsere Branche kein Maßstab sein“, so Benrath. Strukturelle Anpassungen und das anhaltend niedrige Zinsniveau sorgten dafür, dass das Geschäftsvolumen auch im privaten Bankgewerbe und bei den Landesbanken zurückgehe. Die Kreditnachfrage stagniere bei Privatkunden und sei im Firmenkundengeschäft sogar rückläufig, die Zinsmargen seien ausgesprochen niedrig. Parallel müssten die Banken steigende Kosten durch zusätzliche Regulie-

rung verkraften. All dies belastet die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Banken spürbar.

Presseinformation

Beim Gehaltsniveau sehen die Banken-Arbeitgeber keinen Nachholbedarf. Sowohl im Vergleich zur Gesamtwirtschaft als auch innerhalb des Kreditgewerbes zahlten die privaten Banken unverändert überdurchschnittlich gut, zumal die Tarifbeschäftigten in den vergangenen beiden Jahren trotz schwacher Branchenkonjunktur von Reallohnzuwächsen profitiert hätten. Zudem bleibe die Inflation nach allen Prognosen absehbar sehr niedrig.

Berlin,
20. März 2014
Seite 2

Die von Verdi geforderte erneute Verlängerung des tariflichen Anspruchs auf Vorruhestand, der noch bis Ende April besteht, ist für die Arbeitgeber angesichts der jüngsten rentenpolitischen Entwicklungen nicht vertretbar. Der dadurch ausgelöste Anreiz zur Verkürzung der Lebensarbeitszeit dürfe nicht durch den noch früher ansetzenden Anspruch auf Vorruhestand verstärkt werden.

Beim Thema Auszubildende sehen die Banken-Arbeitgeber keinen Handlungsbedarf über die 2012 vereinbarte Ausbildungsinitiative hinaus. Der darin bekräftigte Grundsatz „Ausbildung vor Übernahme“ habe sich bewährt. Zugleich müsse sich Ausbildung am Bedarf orientieren, weshalb die Zahl der neu eingestellten Auszubildenden – analog zur sinkenden Gesamtbeschäftigung in der Branche – zuletzt rückläufig gewesen sei. Eine Verpflichtung zur Übernahme aller Auszubildenden würde diesen Trend noch verstärken, weil die Arbeitgeber dann erst recht auf Ausbildung über den Bedarf hinaus verzichteten.

Dem AGV Banken gehören rund 125 Institute (Großbanken, Regionalbanken, Pfandbriefbanken, Spezialbanken, Privatbankiers und Bausparkassen) mit 150.000 Beschäftigten an. Der Arbeitgeberverband vertritt die sozialpolitischen Interessen seiner Mitglieder, schließt als Tarifträger auf Bundesebene Tarifverträge mit den Gewerkschaften ab, informiert und berät die Mitgliedsinstitute und vertritt sie vor Arbeits- und Sozialgerichten in Grundsatzfragen. Darüber hinaus nimmt er die sozialpolitischen Belange des privaten Bankengewerbes gegenüber Regierungs- und Verwaltungsstellen wahr. Der AGV Banken unterstützt seine Mitglieder in der beruflichen Aus- und Weiterbildung und berät die zuständigen Ministerien bei der Entwicklung von einschlägigen Gesetzen und Ausbildungsordnungen. Vorsitzender des AGV Banken ist Dr. Stephan Leithner, Mitglied des Vorstands der Deutsche Bank AG.

Pressekontakt: Carsten Rogge-Strang
carsten.rogge-strang@agvbanken.de
Tel. (030) 5 90 01 12-74